



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

### **Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen III: Verankerung der Demokratiebildung in der Lehramtsprüfungsordnung I, Öffnung der Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Demokratiebildung als verpflichtendes Element in die Lehramtsprüfungsordnung I (LPO I) aufzunehmen. Damit einher geht die vollständige Öffnung der Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde für das Lehramt an Gymnasien und an Realschulen. Zeitgleich sollen durch Initiativen (Kampagnen, Veranstaltungen, gezielte Ansprache) mehr Studierende für politische Bildung begeistert werden;
- das Angebot der politischen Bildung in Lehreraus- und -weiterbildung und entsprechende Freistellungen für Fortbildungen in politischer Bildung für alle Lehrkräfte auszubauen.

So soll der Anteil an Lehramtsstudierenden im Bereich der politischen Bildung erhöht werden, um politische Bildung zukünftig intensiver anbieten zu können.

### **Begründung:**

Gemäß Art. 131 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung (BV) sind Schüler „im Geiste der Demokratie“ zu erziehen. Vor diesem Hintergrund muss die Wertschätzung des Schulfachs politische Bildung mindestens so hoch sein wie für alle anderen Schulfächer. Dies ist derzeit keineswegs der Fall. Es ist nicht hinnehmbar, dass Schülerinnen und Schüler in Bayern Nachteile im Erwerb von politischer und partizipatorischer Kompetenz für die Demokratie haben.

Wenn das schulart- und fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel politische Bildung ernsthaft umgesetzt werden soll, müssen die notwendigen Änderungen in den Rahmenbedingungen erfolgen. Zunächst muss Demokratiebildung ein verpflichtender Bestandteil der Lehramtsprüfungsordnung I verankert werden, damit alle Lehrkräfte zukünftig fachkundig ihrem Auftrag gemäß Art. 131 Abs. 3 BV nachkommen können. Parallel müssen Aus-, Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten zur politischen Bildung ausgebaut und notwendige Freiräume für den Besuch geschaffen werden. Bereits aktive Lehrkräfte müssen regelmäßig die Möglichkeit haben, sich aus-, weiter- oder fortzubilden. Des Weiteren müssen die Kombinationsmöglichkeiten in der Lehramtsausbildung für Gymnasien und Realschulen vollständig geöffnet werden. Eine Einschränkung beispielsweise von angehenden Gymnasiallehrern in Fächerkombinationen mit Deutsch oder Englisch oder bei angehenden Realschullehrern mit dem Fach Wirtschaft ist nicht nachvollziehbar. Ohne das entsprechend ausgebildete Lehrpersonal ist politische Bildung als schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel nur unzureichend umsetzbar. Vor diesem Hintergrund sollen mittels Kampagnen, Veranstaltungen, Projekten oder durch gezielte Ansprache mehr Lehramtsstudierende für politische Bildung begeistert werden.